



Als unbedingt notwendig weist die Schrift die Sozialisierung der Baustoffindustrie und der Baubetriebe nach. Wenn heute das Bauen so außerordentlich teuer ist, so sind daran nicht die hohen Löhne der Bauarbeiter, sondern vor allem der jämmerliche Baustoffwucher und das Gewinnstreben der privaten Bauunternehmer schuld. Das geht schon daraus hervor, daß die Löhne der Bauarbeiter gegenüber der Vorkriegszeit durchschnittlich nur um das Sieben- bis Achtfache, die Baustoffe aber um das Zwölff- bis Fünfzehnfache gestiegen sind. Die Schrift weist nach, daß die Aktionäre der Baustoffindustrien in den letzten Jahren zum Teil ungeheure Gewinne eingesackt haben. Die Betriebsüberschüsse belaufen sich zum Teil auf Tausende von Millionen. Die Dividenden betragen — nachdem man den sogenannten „Reingewinn“ durch Abschreibungen, Rückstellungen usw. so viel wie möglich verkleinert hat — in zahlreichen Fällen 10, 15, 20 und mehr Prozent. Angesichts solcher Gewinne, sagt die Schrift, ist es kein Wunder, daß die Baustoffe unerschwinglich im Preise sind, und daß das Bauen infolge der hohen Kosten heute nahezu unmöglich ist. Daß durch eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Baustoffbeschaffung gewaltige Summen gespart werden können, weist die Schrift ebenfalls nach.

Ebenso wie der Wucher mit Baustoffen, trägt auch die Verteuerung der Bauausführung durch die privatkapitalistischen Bauunternehmer zu den heutigen hohen Baukosten bei. Die Schrift des Bauarbeiterverbandes weist nach, daß die Bauunternehmer schon bei gewöhnlichen Tagelohnarbeiten, bei denen sie nicht das geringste Risiko haben, Zuschläge zum tariflichen Stundenlohn von durchschnittlich 60 Prozent, in zahlreichen Fällen sogar 70, 80 und mehr Prozent verlangen. Außerdem verlangen sie noch Zuschläge von 15 bis 85 Prozent auf die von ihnen gelieferten Baustoffe, ja sogar Zuschläge für die Ausrüstung von Baustoffen usw.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die von den Bauarbeitern ins Leben gerufenen sozialen Baubetriebe die Bauarbeiten wesentlich billiger ausführen können, als die privaten Unternehmer, zumal die Arbeiter in diesen Betrieben mit ganz anderer Lust und Liebe arbeiten, als bei privaten Unternehmern. Die Schrift führt eine Fülle von Beispielen für die Billigung der Bauausführung durch soziale Baubetriebe an. Nicht selten kommt es vor, daß dort, wo die sozialen Baubetriebe mit den Privatunternehmern zum erstenmal in Wettbewerb treten, die Unternehmer um 30, 50, ja sogar 100 Prozent teurer sind, als die sozialen Betriebe. Sobald freilich die Unternehmer merken, welche Konkurrenz ihnen in den sozialen Betrieben erwachen ist, gehen auch sie mit ihren Preisen herab, zum Teil so weit, daß selbst die sozialen Baubetriebe kaum noch mitkonkurrieren können, weil es ihnen häufig an leistungsfähigen Maschinen und andern Betriebsmitteln fehlt.

Die Schrift verlangt auf Grund dieser Tatsachen die weitestgehende Förderung der Sozialisierung durch Reich, Länder und Gemeinden, aber auch durch gemeinnützige Siedlungsgesellschaften, Baugenossenschaften usw., die heute alle nur mit öffentlichen Mitteln bauen können.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat recht: Nicht nur die Bauarbeiter, sondern das ganze nichtkapitalistische deutsche Volk, das heute in schlechten und zum großen Teil überfüllten Wohnungen harzt oder überhaupt keine Wohnungen bekommen kann, das außerdem die Mittel zur Gewährung der Baukostenzuschüsse aufbringen und den kapitalistischen Wucher in Gestalt hoher Mieten zahlen muß, hat das dringendste Interesse an der Sozialisierung des Baugewerbes. Es kann verlangen, daß alle verantwortlichen Körperschaften in Deutschland durch die Förderung der Sozialisierung zur Billigung des Wohnens, zur Steigerung der Bauqualität und damit zur Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft beitragen.

Den deutschen Bauarbeitern aber gebührt der Dank unseres Volkes, daß sie nicht warten, bis ihnen durch Gesetzgebungsakte die Sozialisierung von „oben“ in den Schoß fällt, sondern den Auswüchsen des Kapitalismus und diesem selbst zu Leibe gehen, indem sie aus eigener Kraft soziale Baubetriebe einrichten.

## 11. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Sitzungen fanden am 19. und 20. Januar statt. Zu Beginn führte der stellvertretende Vorsitzende Genosse Grakmann, das Andenken des ersten Vorsitzenden, Genossen Lequin. Als dessen Nachfolger wurde Genosse Theodor Leipart, der frühere Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, gegen 4 Stimmen gewählt. Von den in der vorigen Tagung unerledigt gebliebenen Verhandlungsgegenständen beschäftigte den Ausschuss zunächst die von einigen Seiten betriebene und von den französischen Behörden scharf begünstigte Einführung der Frankennährung im Saargebiet. Es kam dabei zum Ausdruck, daß diese den dortigen Arbeitern höchstens zeitweilig etwas Vorteil bieten, später jedoch leicht zu ihrem Schaden ausfallen könne. Die Sache wurde den dortigen Gewerkschaften zur Regelung überlassen.

## Der Marmor.

Von Th. Wolff-Friedenau  
(Nachdruck verboten.)

VI.

Den zusammengefügten Marmoren im Aussehen oftmals sehr ähnlich sind die Breccien, die ihr buntes Muster jedoch einer ganz anderen Ursache wie jene, nämlich dem Umstande verdanken, daß sie aus etlichen und zum Teil sehr bunten Bruchstücken verschiedener Marmorarten zusammengesetzt sind, die durch Verfüllung ein festes Gefüge bilden. Diese Zusammenfügung bewirkt die größte Verschiedenheit und Buntheit der Breccien nach Farbe, Stil, Muster und Zeichnung. Zumeist wird nur durch das einheitliche und einfarbige Bindemittel, das die verschiedenen Bruchstücke verklebt und zusammenhält, eine gewisse Einheitlichkeit hineingebracht, wie es bei den im Rhondepartement gebrochenen Brecciamarmoren der Fall ist, die aus sehr bunten, zum Teil gelben und violetten Bruchstücken bestehen, die durch ein graues, rötliches oder violettes Bindemittel verklebt sind. Der Violetta antica ist ein aus Korallenroten Bruchstücken mit violetter Verfüllung bestehender Breccia, der Florentiner Ruinenmarmor dagegen ist ein aus Bruchstücken von gelb- und graugestrichen Kalksteinen bestehender Marmor, der durch ruinenähnliche Zeichnung kenntlich ist und dieser auch keinen Namen verdient.

Wenn die Bruchstücke sehr klein sind, nennt man solche Marmorarten Proletario, Brecciamarmor. Ein solcher Proletario ist der Lortomarmor aus Spanien, der aus einer grünlichen oder rötlichen und dabei weißgeäderten Grundmasse besteht, in der zahlreiche kleine, kugelförmige Stücke eingelagert sind. Das Muster erinnert an das Moiré der Seidenstoffe und wird durch das bunte und lebhafteste Farbenspiel, die Verwendung der Breccien in der Bautechnik erfordert. Da diese Gesteine infolge ihrer brüchigen Zusammenfügung nicht die Festigkeit und Tragfähigkeit der anderen Marmorarten besitzen und in großen Platten durch ihr eigenes Gewicht zusammenbrechen können. Sie müssen daher, wo sie in größeren Flächen verwendet werden sollen, wie bei Verkleidungen und Verfüllungen, gefüllt, d. h. auf eine feste Unterlage aus Schiefer oder anderem geringerem Gestein aufgesetzt werden.

Den Breccien ähnlich sind auch die Muschelmarmore, auch Schnecken- oder LumaHELLmarmore genannt, bei denen in den Kalkstein als Grundsubstanz zahlreiche und oft gebirgt aneinanderliegende Versteinerungen von Schnecken und anderen Schalen eingelagert sind, deren Schalen durch ihren Glanz und ihre Farben das oftmals hervorragende schöne Farbenspiel der Marmorarten erzeugen. Der prächtigste dieser Marmore ist der Muschelmarmor von Bleiberg in Kärnten, der opalisiert und von herrlichem Perlmutterschimmer ist, ihm ähnlich ist ein Marmor, der am Lavanttal bei Hall in Tirol gebrochen wird. Der LumaHELL von Akrachan ist ein brauner Marmor mit eingelagerten orangefarbenen Muschelschalen, der LumaHELL von St. Amour ein rötlicher Marmor mit Einlagerungen von Haarfarn-Versteinerungen, die durch ihre Zeichnung, die eine Art geschlossener Blüten zeigt, auffallen; ähn-

lich der vorigen Tagung lag ebenfalls noch eine Vorlage über die Unterstützung und die Beitragsleistung der Kurzarbeiter vor, zu der die Verbandsvorstände inzwischigen Stellung genommen hatten. Die Aussprache zeigte aufs neue, daß in den einzelnen Berufen die Verhältnisse so verschieden sind, daß eine einheitliche Stellungnahme nicht möglich ist und die Regelung notwendig den Verbänden selber überlassen werden muß.

Den vierten Punkt der Tagesordnung: „Bericht der Sozialisierungskommission“, leitete Genosse Umbreit mit längeren Ausführungen ein. Es handelt sich darum, in der Sozialisierung des Kohlenbergbaus endlich zu einem einheitlichen Aktionsprogramm zu kommen. Die Aussprache ergab die volle Einmütigkeit des Ausschusses in dieser Frage. Die von der Kommission vorgelegten 20 Forderungen wurden mit geringfügigen Änderungen einstimmig angenommen, ebenfalls einstimmig und unverändert angenommen wurde folgende Entschließung und Erklärung:

### Entschließung.

Die im Ausschuss des A. D. G. B. vertretenen Vorstände der deutschen Gewerkschaften fordern von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaus.

Mit Befremden müssen die Gewerkschaftsvorstände feststellen, daß die Reichsregierung die den Gewerkschaften am 20. März 1920 gegebene Auflage der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige ebensowenig erfüllt hat, wie das den Bergarbeitern anlässlich der Durchfuhrung des Spaabkommens gemachte Versprechen, den Kohlenbergbau gemeinwirtschaftlich zu organisieren. Auch die Regierungserklärungen vom 5. August, vom 22. September und vom 8. Oktober 1920 sind bisher uneingelöst geblieben. Anstatt den gesetzgebenden Körperschaften einen Gesetzentwurf zur beschleunigten Erledigung zu unterbreiten, verläßt die Reichsregierung die Zeit damit, den vorläufigen Reichswirtschaftsrat mit der Begutachtung von Gutachten der Sozialisierungskommission zu beschäftigen, um eine wirkliche Sozialisierung zu verhindern oder gänzlich zu verhindern. Die Gewerkschaftsvorstände erklären, daß kein irgendwie geartetes Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrats die Reichsregierung von der Erfüllung ihrer gegenüber der Arbeiterchaft eingegangenen Verpflichtungen entbinden kann.

Die Gewerkschaften können eine Sozialisierung der Kohlenwirtschaft nur von einem Gesetz erwarten, das folgenden Bedingungen entspricht:

- I. Alle Erbstücke gehören der Nation.
- II. Die Ausbeutung der Kohlenvorkommen wird den bisherigen Besitzern gänzlich entzogen und gemeinwirtschaftlich organisiert.
- III. Das gesamte Eigentum an Verwerken und zugehörigen Anlagen wird gegen Entschädigung der Besitzer auf einen Gemeinwirtschaftsverband übertragen.
- IV. Die Kohlenbewirtschaftung soll einheitlich für das ganze Reich geregelt werden, ohne den Prinzipien der wirtschaftliche Gemeinwirtschaftlichkeit zu verstoßen. Die Betriebe sind zu wirtschaftlich vorteilhaftesten Betriebsformen zusammenzufassen.
- V. Die Lohn- und Gehaltsregelung soll auf Grund von Reichstarifverträgen mit den Gewerkschaften vereinbart werden.
- VI. Den Arbeiter- und Anstellungsverhältnissen ist ein Mitspracherecht in den Betrieben sowie in der Wirtschaftsführung zu sichern.
- VII. Die Preisregelung soll nach gesunden volkswirtschaftlichen Grundsätzen unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen erfolgen, so daß eine allmähliche Abkühlung der aus der Enteignung herrührenden Schuldenlasten sowie Rücklagen für den notwendigen Ausbau der Kohलगewinnung sichergestellt werden.

Abzulehnen ist jede Forderung, die das Eigentumsrecht an den Kohlenbergwerken privatrechtlich erweitert oder anerkennt, anstatt es gemeinwirtschaftlich zusammenzufassen, oder die Kohलगewinnung privatrechtlicher Ausbeutung weiterhin überläßt.

Der Ausschuss des A. D. G. B. hat unter diesen Gesichtspunkten seine Forderungen für die Sozialisierung des Kohlenbergbaus zusammengefaßt und fordert alle Arbeiter und Angestellten auf, für dieses Programm in möglichst weitausgehender Weise einzutreten.

Die deutschen Gewerkschaften sind entschlossen, die Durchführung dieser Forderungen in der nachhaltigsten Weise zu unterstützen. Sie erwarten indes daß die Reichsregierung es nicht zu solchen folgenschweren Konflikten kommen läßt, sondern einest ihrer Verheißungen und des einmütigen Willens weitausgehender Volkstreu die Sozialisierung des Kohlenbergbaus zur raschen Tat werden läßt.

Erklärung.

„Der Reichswirtschaftsminister hat im Reichstag wiederholt den Gedanken erörtert, die Sozialisierungskommission aufzulösen und ihre Funktionen auf den Reichswirtschaftsrat zu übertragen. Der Ausschuss des A. D. G. B. erachtet es gegenüber solchen Plänen für notwendig daran zu erinnern, daß die Wiedereinführung der Sozialisierungskommission erfolgt ist auf Grund der Vereinbarung vom 20. März 1920 zwischen der Reichsregierung und den Gewerkschaftsverbänden, zum Zweck der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige. Die Kom-

mission hat die Aufgaben der wissenschaftlichen Prüfung der Möglichkeiten, Wege und Ziele der Sozialisierung. Der Reichswirtschaftsrat kann diese Aufgaben infolge seiner Zusammenlegung nicht lösen, wie seine Behandlung der Frage der Kohलगewinnung zeigt. Die Sozialisierungskommission hat ihre Arbeiten auch bei weitem noch nicht erledigt, da sie Untersuchungen über den Kali-bergbau, über das Bau- und Wohnungswesen, über die Eisenwirtschaft und über die Energiewirtschaft teils in Angriff genommen, teils vorbereitet hat. Die Reichsregierung selber hat ihr obendrein die Prüfung der Frage des Verkehrswezens übertragen. Unter diesen Umständen wäre die Auflösung der Sozialisierungskommission einer Sabotierung des in der Verfassung festgelegten Gedankens der Sozialisierung gleichzusetzen.

Die Gewerkschaften legen gegen derlei Absichten des Reichswirtschaftsministeriums die entschiedenste Verwahrung ein und erklären, daß sie gewillt sind, eine solche Verletzung des Abkommens vom März 1920 mit aller Entschiedenheit abzuwehren.“

Da für die Ausgestaltung des Gewerkschaftswesens auch eine genaue Einsicht darin notwendig ist, wie stark die einzelnen Berufe in Deutschland vertreten sind, und welche Veränderungen sich auf diesem Gebiete im Laufe der Zeit vollzogen haben, ist es natürlich, daß der Bundesausschuss sich mit der künftigen Berufszählung beschäftigte. Im Auftrage der Statistikkommission berichtete darüber Genosse Streine (Maler). Seine Ausführungen wurden ergänzt durch Herrn Regierungsrat Dr. Meerwarth vom Preussischen Statistischen Landesamt. Im Anschluß betonte man allgemein die Notwendigkeit einer Berufszählung und stellte sich ferner auf den Standpunkt, daß sie, um die gewaltigen Kosten möglichst einzuschränken, mit der nächsten Volkszählung verbunden werden könne. In betreff der Streikstatistik hatte der Ausschuss nichts dagegen einzuwenden, daß die Behörden auch künftig eine solche vornehmen; man hielt indes daran fest, daß diese auch von den Gewerkschaften weitergeführt werden soll. Ferner wurde die Kommission ermächtigt, für die Fragestellung bei der amtlichen Streikstatistik Vorschläge zu machen.

Mit der Preussischen Unterrichtsverwaltung wurde ein vertragliches Abkommen getroffen, daß den Gewerkschaften gegen vorteilhafte Bedingungen eine gewisse Anzahl von Plätzen an der in Frankfurt a. M. begründeten Akademie der Arbeit zur hochschulmäßigen Ausbildung befähigter jüngerer Gewerkschaftsvertreter sichert. Der Unterricht soll am 1. April d. J. beginnen. Zugelassen sind Hörer beider Geschlechter. Vorbedingung ist die notwendige Reife des Geistes und des Charakters und der Nachweis einer bestimmten Berufsbildung und längerer Berufstätigkeit. Der Unterricht verteilt sich auf zwei Semester je vier Monate, dazwischen vier Wochen Ferien. Die Gewerkschaften zahlen die Unterhaltskosten der von ihnen ausgewählten Teilnehmer und für jeden derselben am Beginn jedes Semesters eine Hörgeldgebühr von 300 Mark. Als Unterrichtsfächer sind vorgesehen: Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Rechts- und Staatslehre, Naturwissenschaft, sowie die Grundlagen einer philosophischen Bildung. Als Vortragende sind erste Frankfurter Kräfte in Aussicht genommen.

Die Stellungnahme des Ausschusses zu dem bekannten „offenen Brief“ der Vereinigten Kommunistischen Partei erregte wiederum vollkommene Einmütigkeit. Der Ausschuss des Bundesausschusses, in Anbetracht des Verhaltens der Kommunisten bei früheren gemeinschaftlichen Aktionen auf diesen „offenen Brief“ überhaupt keine Antwort zu erteilen, wurde gebilligt. Im übrigen wurde von neuem betont, daß Aufklärung der Mitglieder und praktische Arbeit zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage die besten Mittel seien, die Einigkeit in den Gewerkschaften herbeizuführen.

Ein Brief vom Internationalen Gewerkschaftsbund, der zur Aktion hierfür auffordert, daß die zum Tode verurteilten Mitglieder der früheren preussischen Arbeitervereine nicht hingerichtet werden, sondern im Ausstufte schnelle Erledigung da die deutschen Gewerkschaften schon in diesem Sinne tätig sind.

Kerner beschloß der Ausschuss noch, daß der Bundesausschuss Mittel bereitstellen soll zur Unterstützung ostdeutscher Flüchtlinge.

## „Der kommunistische Gewerkschafter“ gegen die gewerkschaftlich zusammengefaßten Betriebsräte.

Das als Nachfolger des Organs der „selbständigen Betriebsrätezentralen“, „Der Arbeiter“, nunmehr erscheinende kommunistische Blatt „Der kommunistische Gewerkschafter“ hält es in seiner Nr. 1 für angebracht, unter der Ueberschrift „Drei Monate gewerkschaftlich zusammengefaßte Betriebsräte“ einen wütenden Ausfall gegen die gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und des Afo-Bundes zu unternehmen. Es wird der Vorwurf erhoben, daß seit dem Betriebsrätekonferenz noch nichts getan worden sei. Die Vereinigte Kommunistische Partei hat in letzter Linie Veranlassung zu derartigen Beanstandungen, da doch gerade sie es gewesen ist, welche bisher ausschließlich die Betriebsräte gebildet hat, sich in die Wirtschaft einzuarbeiten und die so-

stehen verlieren und zugleich ihre Wesenserkenntheit von dem Marmor erkennen lassen.

Die eberlehr auf Unternehmern wie auf unläuterer Absicht beruhende Vermischung der Beziehungen für den echten Marmor einerseits und dessen Surrogate andererseits macht oftmals die Kenntnis genuiner Unterscheidungsmerkmale notwendig. Ein solches ist zumeist in den verschiedenen Härtegraden der verschiedenen Gesteinsarten gegeben. Der echte Marmor ist immer bedeutend härter als seine Surrogate, die nur die Härte 2 besitzen und sich mit dem Fingernagel ritz lassen, was bei dem echten Marmor ausgeschlossen ist. Ein fernerer Prüfungsmittel für den echten Marmor besteht darin, daß dieser, wenn man ihn mit einigen Tropfen Salpeter- oder Salzsäure betupft, herbei keine aufblühende Bläschen aus Kohlenäure entwickelt, was die Gesteinsarten, die nicht aus kohlenstoffreichem Kalk bestehen, naturgemäß nicht tun. Der Russiporen- und ebenso der Puchstall ist zwar auch hart, verhält sich jedoch durch die Unfähigkeit, Polatur anzunehmen.

## Proletarierseele.

Wie Jodein und Feuerwerk vor der Sonne blaß und unscheinbar werden, so wird Geist und Genie und ebenfalls die Schönheit übertrahlt und verbunkelt von der Güte des Herzens. Sogar der beschränkste Verstand, wie auch die größte Fähigkeit werden, sobald die ungemessene Güte des Herzens sich in ihrer Beileitung kund getan, gleichsam verflücht, umstrahlt von einer Schönheit höherer Art, indem jetzt aus ihnen eine Weisheit spricht, vor der jede andere verstummen muß.“

Die Wahrheit dieses Wortes des Philosophen Schopenhauer erfährt jeder einzelne immer wieder im Leben. Die Wahrheit dieses Wortes erkennen wir auch in unserem gemeinschaftlichen proletarischen Ringen. Wieviel Glanz und Pracht herrscht bei den Trägern der kapitalistischen Gegenwart. Wieviel Erkennen, Berechnen, Spekulation. Und doch: wie äußerlich ist die Pracht; wie nüchtern der Bestand; wie kalt diese kapitalistische Kultur, die da das Produkt dieser Werte ist. Wie hoch und erhaben steht gegenüber dieser Verstandeskultur der Herzenshauch, wie ihn die proletarische Masse atmet. Selbst der Gelehrte steht oft in Achtung vor dem Großen, das da als proletarische Brüderlichkeit, als proletarische Solidarität zum Ausdruck kommt. Die Seele des Volkes ist es, die da im Proletariat schlummert. Und unerträglich und hoffnungslos würde dem feineren Gemüte diese „groteske Häßlichkeit“ des Lebens sein, wenn sie nicht „umtrahlt“ würde von einer „Schönheit höherer Art“, wenn nicht das Proletariat als der Kraftquell vorhanden wäre, aus dem das düstere Herz Mut schöpfen kann und Hoffnung und Freude und Sieg. In diesem, grauem Nebel läge die Welt, wenn nicht im Proletariat Sonne zu werden begäbe. Es muß eine leuchtendere Zukunft kommen. Das Proletariat ist der Prophet dieses neuen Menschtums.

Und das ist die heiligste Pflicht eines jeden proletarischen Kämpfers, sich stets dieser feineren Besten Zukunftspflicht bemüht zu sein. Aus all der kalten Nüchternheit einer kapitalistischen Zeit soll Sonne werden. Wärme soll das ganze Menschensein erfüllen. Alles soll Liebe sein — durch uns.

**gewonnene Erkenntnis zum Wohle der Allgemeinheit zu verwerten.** Wenn erst im Wirtschaftskreislauf Groß-Berlin, gegen welchen sich die Vorwürfe des Antifaschismus ebenfalls richten, die Zusammenfassung der Betriebsräte nach mühsamen Vorarbeiten jetzt vorgenommen werden kann, nachdem mehr als zwei Jahre seit der Revolution und fast ein Jahr nach Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes ungenutzt verstrichen sind, so ist diese Tatsache doch ausschließlich auf das arbeitsschädigende und gewerkschaftsfeindliche Verhalten der „selbständigen Betriebsrätezentrale“ in der Münchener Straße zurückzuführen, deren Aufgabe ausschließlich darin bestand, wie dies Däumig in der letzten Nummer des „Arbeitertribüne“ offen auspricht, die Gründung der vereinigten kommunistischen Partei vorzubereiten. In demselben Artikel hebt Däumig weiter hervor, daß man es als nächste Aufgabe betrachtet, „nach den geeigneten Organisationsformen zu suchen und zu forschen, woraus doch ohne weiteres hervorgeht, daß man sich bisher nicht mit der Absicht getragen hat, die Betriebsräte in den Stand zu setzen, ihre Aufgaben zu erfüllen, sondern nur parteipolitische Gründe maßgebend waren. Woher also ausgerechnet „Der kommunistische Gewerkschafter“ die Berechtigung herbeileitet, gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und den Allgemeinen freien Angestelltenbund sowie dessen Betriebsrätezentrale Vorwürfe zu erheben, ist für jeden ehrlichen Menschen gänzlich unerschwinglich.

In dem Artikel, der sich dann fast ausschließlich mit der Eisenbahnerbewegung beschäftigt, wird der Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und des Afa-Bundes vorgeworfen, daß sie die Betriebsräte zu bloßen Vertrauensmännern der Gewerkschaften herabzudrücken beabsichtigen, während gerade die Kommunisten es sind, welche durch die Neugründung ihres Organ „Der kommunistische Gewerkschafter“ und das Eingehen des Organs der Betriebsräte „Der Arbeiterrat“ die Betriebsräte als Vorposten für ihre Gewerkschaftszellenbildung benutzen wollen.

In der Frage der Eisenbahnerbewegung soll die Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und des Afa-Bundes die Industriearbeiterbewegung durch die Betriebsräte zur Unterstützung aufrufen. Nach der von den Kommunisten vertretenen Ansicht soll bekanntlich bei jeder aus irgendwelchen Gründen entstehenden Arbeitslosigkeit die Grundlage für die Weltrevolution gebildet werden. Nun ist zweifellos die Eisenbahnerbewegung für die Gesamtarbeiterbewegung von ungeheurer Bedeutung und es bestehen keinerlei Meinungsverschiedenheiten in der Auffassung aller freien Gewerkschafter, daß die Solidarität aller Arbeitnehmer der Eisenbahnen gesichert werden muß. Wie das geschehen soll, ist jedoch durchaus eine Frage der Taktik und in letzter Linie des Taktgefühls, welches die Kommunisten allerdings in wenig ausgeprägtem Maße besitzen.

Wenn die Organisationen der Eisenbahner die Stunde für gekommen erachten, die Solidarität aller Arbeitnehmer anzurufen, dann werden sie dies zweifellos tun und die Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften werden sich über die zu treffenden Maßnahmen einigen, ohne daß es hierzu eines Anstoßes von den Kommunisten bedarf. Letzten Endes ist mit dem ewigen Geschrei der Kommunisten der Arbeiter- und Angestelltenbewegung bisher noch in keiner Weise irgendwie geholfen worden, sondern durch die ständig wechselnden Parolen wurde jede organisatorische Arbeit zur Gesundung unserer Wirtschaft und Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter und Angestellten systematisch untergraben.

Dann werden zum Schluß noch die bekannten fünf Forderungen der Stuttgarter Arbeitsgruppe des Metallarbeiterverbandes abgedruckt und deren Durchführung als Aufgaben der Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und des Afa-Bundes hingestellt. Die Verfasser der fünf Punkte sind sich bei ihrer Abfassung über die feinerzeit bestehende politischen und ökonomischen Machtverhältnisse, sowie über die Wirtschaftsverhältnisse überhaupt und die im besondern für Deutschland durch den Friedensvertrag hervorgerufenen Schwierigkeiten in keiner Weise im klaren gewesen. Das Aufstellen von Forderungen ohne Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte bedeutet jedoch, daß sie zu bloßen Lebensarten herabgewürdigt werden, mit denen nichts anzufangen ist, selbst wenn an sich die gesamte Arbeiterbewegung schon seit langem für einzelne der aufgestellten Forderungen eintritt.

Die Betriebsräte und die Gewerkschaftskollegen mögen sich daher durch das Geschrei der Kommunisten in keiner Weise beirren lassen, sondern müssen die organische Arbeit der Gewerkschaften mit allen Mitteln und mit aller Energie unterstützen. Durch das Geschrei der Kommunisten sind die Betriebsräte und die Gewerkschaften bisher gehindert worden, die zur Gesundung der Verhältnisse nötigen Schritte durchzuführen. Es ist unbedingt erforderlich, daß ungeachtet der ständig wechselnden Parolen und negativen Kritiken der A. D. G. B. zielbewußt die Arbeit allenthalben im Sinne der Beschlüsse des Betriebsrätekongresses durchgeführt wird.

## Die kommende Wahl von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten.

Der geschäftsführende Ausschuss der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und der Afa, sowie der Beirat des Ausschusses erlassen folgenden Aufruf:

Der am 1. und 2. Februar 1921 in Berlin versammelte Beirat der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A. D. G. B.) und des Allgemeinen freien Angestellten-Bundes (Afa-Bund) fordert die örtlichen Körperschaften der Betriebsräte und der Gewerkschaften Deutschlands auf, die bevorstehenden Wahlen zu den Betriebsvertretungen auf einheitlicher Grundlage durchzuführen. Sämtliche Betriebsvertretungen, welche zur Neuwahl stehen, sollen nach Möglichkeit an einem örtlich zu vereinbarenden Tage im Monat März neu gewählt werden. Die Agitation ist auf Grund der Forderungen der freien Gewerkschaften allenthalben aufzunehmen. Einheitliche Listen der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten sind in jedem Betriebe von den Gewerkschaftskollegen aufzustellen. Jeder Versuch, in den Reihen freigeorganisierter Gewerkschafter nach engen Parteigruppierungen mit getrennten Listen vorzugehen, muß zurückgewiesen werden. Jedes Kompromiß mit Gewerkschaften, die nicht dem A. D. G. B. und dem Afa-Bund angehören, ist im Interesse der Einheit der Bewegung und unserer Kampfkraft gegenüber den Unternehmern unter allen Umständen auszuschließen. Die Betriebsräte der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten Deutschlands treten ein:

für die Durchführung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues gemäß den Forderungen der Spitzenorganisationen und des ersten Reichskongresses der Betriebsräte Deutschlands,

für die Kontrolle der Produktion und die restlose Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben gemäß den Beschlüssen des ersten Reichskongresses der Betriebsräte Deutschlands,

für die Durchführung des vollen Mitbestimmungsrechts in Fragen der Wirtschaftsführung, wie sie durch Artikel 165 der Reichsverfassung gewährleistet, aber durch das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Fassung nicht ausgebildet worden ist, und

für die Ueberführung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft.

Freigewerkschaftliche Arbeiter und Angestellte, Arbeiterräte, Angestelltenräte, Betriebsräte und Gewerkschaftskollegen!

Benutzt die nächsten Wochen dazu, die Kollegen in den Betrieben aufzuklären, sorgt dafür, daß alle Arbeiter und Angestellten, welche ihren Klassenstandpunkt noch nicht erkannt haben, restlos für die freien Gewerkschaften gewonnen werden.

erklärt durch Wahl von freigewerkschaftlichen Betriebsräten seinen Willen, die Forderungen der freien Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften zur Durchführung zu bringen, gegen die kapitalistische Profitwirtschaft, für die sozialistische Gemeinwirtschaft!

Von dem Protokoll über die Verhandlungen des 1. Reichskongresses der Betriebsräte Deutschlands ist eine zweite Auflage broschierter Exemplare hergestellt. Die Gewerkschaftsmitglieder erhalten das Protokoll, wenn die Bestellung durch die Organisation oder durch die Ortsauschüsse (Kartelle) erfolgt, zum Selbstkostenpreis von 6,25 Mark ausschließlich Versandkosten. Bestellungen sind zu richten an die Adresse: Hermann Kube, Berlin SO 16, Engelauer 16.

**Betriebsrätechriften des A. D. G. B. und Afa.** Von den kleinen handlichen Schriften ist jetzt Heft 9 erschienen: „Die Vorräte und ihre Lager in Fabrikbetrieben“. Die Schrift ist in ihren Abhandlungen aufgebaut an die Lagerverhältnisse in Eisen- und Maschinenbaubetrieben. Im gegebenen Anregungen sind aber auch für die übrigen Betriebszweige von hohem Wert und können beispielsweise herangezogen werden. Denn für alles im Betriebe kommt die zweckmäßige Organisation in Frage. Das Heftchen hat folgendes Inhaltsverzeichnis: 1. Einteilung der Vorräte nach ihrem Zustand, 2. nach ihrer Verwendung, 3. Größe und Umfang der Vorräte, 4. Einteilung der Lager, 5. Anordnung der Lager im Fabrikbetriebe, 6. Ausführung der Lager, 7. Verwaltung der Lager, 8. Bestellung, Anfertigung und Lieferung der Vorräte, 9. Ausgabe der Vorräte.

Den Zahlstellen wird auch dieses neue Heft für die Betriebsräte und Zahlstellenbibliothek in nächster Zeit vom Verbandsvorstand zugestellt.

## Mitgliederbewegung im IV. Quartal 1920

Zunahme:	Mitglieder
Bestand am Schluß des III. Quartals 1920	47 323
Eingetreten im laufenden Quartal	1 310
Ne'ergetreten von anderen Verbänden	37
Zugeworben bzw. vom Militär entlassen	1 595
	<b>50 574</b>

Abgang:	Mitglieder
Im laufenden Quartal ausgetreten	1 203
Wegen räumlicher Veränderungen getrennt	341
Von § 3, Abs 5b, aus geschlossen	10
Zu anderen Organisationen übergetreten	1 087
Abgetrennt aus den Zahlstellen	2 321
Im IV. Quartal gestorben	131
	<b>5 098</b>

Bestand und Zugang:	Mitglieder
Abgang	50 574
Mitgliederbestand am Schluß des IV. Quartals 1920	45 476
Davon sind weibliche Mitglieder	778

Die Not der Erwerbslosigkeit und besonders in der Naturwirtschaft, die sich in vorstehenden Ziffern wider. Wohl ist für die Statistik das letzte Viertel im Jahre immer die schlechteste Zeit, hervorgerufen durch Witterungseinflüsse; doch auf den Mitgliederstand läßt sie bisher kein Versehen aus, der Mitgliederstand war früher durchweg mit dem 3. Quartal stabil. Jetzt jedoch läßt jeder arbeitslos werdende Kollege Möglichkeit in anderen Berufen unterzukommen und nicht nur diese, auch andere, die noch in der Statistik tätig sind; in anderen Berufen unterzukommen, weil die Entlohnung in manchen Betrieben keine „Blei-e“ gestattet.

## Aus den Zahlstellen.

**Zell a. Main.** Zu der „Berichtigung“ des Herrn Kraus in Nr. 4 des „Steinbauers“ muß zur Information der Leser noch bemerkt werden, daß Herr Kraus ausdrücklich an den Betrieb „Schmiedeburg“ die Anforderung gestellt hat, im Afford zu räumen, und wer es nicht wollte, müsse gehen. Weil nun die dort Beschäftigten nicht auf dieses Angebot eingingen, sollte der Betrieb vier Wochen stillgelegt werden. Erst dann, als Herr Kraus ein sah, daß ihm auf diese Art die tüchtigsten Arbeitkräfte verloren gingen, ließ er nach einer Woche den Betrieb wieder voll aufnehmen. Auch stimmt es nicht ganz, daß für die Afford-Abraumerei der acht- bis zehnjährige Preis gegen früher gebahlt werden sollte, da hätte Herr Kr. mindestens 10 bis 12 M. anbezahlt müssen. Unter j u h e r verstehen wir allerdings nicht des vorigen Jahrhunderts! Etwas beherziger sich zu geben hätte dem Kollegen gewiß nichts geschadet, denn schon ganz andere haben sich an die Brust gelassen und sind in bezug auf „früher und jetzt“ zur Einsicht gelangt. — Die ewige Bohrererei von Unternehmern in unserem Gebiet, um die Affordarbeit wieder zum Ausfließen zu bringen, möchte doch aufhören. Die Unzufriedenheit und die Unzufriedenheit haben sich in unserem Bezirk schon genügend gelehrt, wo die Ursachen dazu zu suchen waren, und wenn die Unternehmer so etwas wie ein Gewissen haben, dann ist es zu verlangen, daß die Finger von der Affordarbeit fernbleiben. Die Arbeitgeber wollen ihren Geldbesitz möglichst schonen, möglichst wenig in Bortarbeit hineinstecken. Wenn aber der Arbeiter seinen einzigen Besitz, seine Arbeitskraft, möglichst zu schonen sucht, indem er die Affordarbeit ablehnt, heißt es, er ist träge. Dabei ist Trägheit und Schonen der Arbeitskraft nicht ein und daselbe. Wir wollen einfach nicht mehr, daß durch frühere Arbeitssysteme an unserem einzigen Besitz — der Arbeitskraft — Raubbau getrieben wird. Aber die Arbeitgeber stellen sich gegen solche Gründe taub, weil es nach dem heutigen Begriff von „Verdienen“ unerhört dünkt, solche Auffassung zu haben, dann wollen sie lieber „ihre“ Betriebe schließen. Sie bestimmen sich aber doch immer regelmäßig wieder und produzieren weiter, weil sie es nicht mit anehen können, daß die Arbeiter arbeitslos sind! Oder ist es etwa anders?

**Jauer i. Schleß.** Ein Eden für die Steinarbeiter sind die Granitsteinbrüche der Firma R. Schall in Ralkhaus. Bei dieser Firma werden so niedrige Löhne gezahlt, daß man sich fragen muß, wie ist es möglich, daß die dort beschäftigten Arbeiter noch nicht verhungert sind. Während Arbeiter anderer Betriebe einen Stundenlohn von 3,50—4,50 Mark verdienen, erhalten die Steinarbeiter der genannten Firma 2,75 bis 3,75 Mark. Den letztgenannten Lohn erhalten aber keine 10 Mann. 2,75 Mark erhalten die Hilfsarbeiter. Die Erklärung dafür, daß diese Gruppe von Arbeitern überhaupt noch vegetieren kann, liegt wohl darin, daß die meisten von ihnen in den umliegenden Dörfern anässig sind. Dort brauchen sie wahrscheinlich nicht soviel vom Leben wie in der Stadt. Was aber jene, die in der Stadt wohnen, mit diesen horrenden Löhnen anfangen sollen, bleibt ein Rätsel. Aber nicht nur die Hilfsarbeiter, auch die übrigen Steinarbeiter verdienen nicht soviel, um eine Familie und wäre sie noch so klein, ernähren zu können. Man muß schon ein guter Koch- und Sparermeister sein, um die paar Mark fe einzuteilen, damit sie auch für die letzten Tage in der Woche noch vorhalten. Sagt aber der eine oder andere im Betrieb etwas über die wirklich zu niedrigen Löhne, so wird ihm entgegnet: „Ja, wenn die Löhne erhöht werden, dann werden auch die Steine teurer und dann müssen die Betriebe geschlossen werden wegen Mangels an Absatz.“ Und das Schlimme dabei ist, daß sich auch ein großer Teil der Arbeiter dieser Auffassung zu eigen gemacht hat. Früher standen die Steinarbeiter mit ihren Löhnen fast an erster Stelle. Durch die Manipulationen der Unternehmer und nicht zum wenigsten durch die Nachgiebigkeit der Arbeiter ist es den ersteren gelungen, die Löhne so niedrig zu halten, daß die städtischen Arbeiter heute besser gestellt sind als die Steinarbeiter mit ihrem schmerzlichen Beruf. Aber hoffen wir, daß sich auch die Kollegen bei der Firma Schall in Ralkhaus bald wieder auf sich selbst befinden; nur dann wird es ihnen möglich sein, bessere Löhne zu erlangen.

**Kirn.** Der am 31. Januar ausgebrochene Streik in Kirn und Umgebung ist einzig und allein auf das unsoziale Verhalten der hiesigen Steinindustriellen zurückzuführen. Seit einem Jahre bemühen sich die Steinarbeiter dauernd, ihr Los zu verbessern. Der jährliche Widerstand der Unternehmer brachte es jedoch fertig, die Löhne so niedrig zu halten, daß es den Kollegen nicht möglich war, an die Löhne der anderen Arbeiter heranzukommen. Immer wieder verluste Verhandlungen scheiterten stets am Widerstand der Unternehmer. Es verdient festzustellen zu werden, daß die richtige Stellung des Verbandes kein Mittel geholt hat, um die Bewegung auf friedlichem Wege zu erledigen. Die Löhne betragen 3.— bis 3,75 M., oder nicht zu reden von den Stundenlöhnen unter 3 M. Wie die Verhältnisse hinsichtlich der Lebenshaltung und des Arbeitsverhältnisses bei den Kollegen liegen, wird wohl jeder Berufscollege wissen. Die Steinarbeiter in der Pfalz verdienen im Mai

1920 je nach 20 Prozent mehr als die Kollegen im Nahegebiet. Der Schlichtungsausschuss Kreuznach erhöhte die Löhne am 23. Dezember 1920 um 25, 15, 10, 5 Pf. pro Stunde. Bei Verhandlungen am 23. Januar hier in Kirn boten uns die Herren nochmals 12, 7, 5 und 2 Pf. die Stunde. Wir möchten es jedem Kollegen im Deutschen Reich und noch darüber hinaus überlassen, sich ein Urteil zu bilden. Außerdem ist zu bemerken, daß die Unternehmer hiesiger Gegend über weit günstigere Transportverhältnisse und Abholzgebiete verfügen als irgend ein anderes Unternehmen der selben Branche, weil speziell die Lieferungen nach Frankreich in Frage kommen. Die Kollegen sind deshalb einmütig der Ansicht, daß der Kampf einzig und geschlossen durchgeführt werden muß und werden nicht eher die Arbeit aufnehmen, bis die Herren sich dazu bequemen haben, auskömmliche Löhne zu zahlen. Der Empathie der Bevölkerung und der gesamten Arbeiterbewegung des Nahegebietes sind die Steinarbeiter sicher.

**Zorgau.** „Werkstätten für Grabmalbau“, R. Brinl scheint ein Arbeitgeber zu sein, vor den wir unsere Verbandsmitglieder schützen müssen. Es ist deshalb ratiam, von Arbeitsangeboten bei dieser Firma solange abzusehen, bis an dieser Stelle eine andere Befähigung erfolgt. Ein Kollege von uns war dort beschäftigt vom 22. April 1920 bis 30. Oktober 1920. Nach kurzem Aufenthalt im Krankenhaus wurde der Betreffende nicht wieder eingestellt und mit allerlei Verträgen hingezogen. Schließlich wurde es doch dem Kollegen zu dumm, er verlangte seine Papiere nachgedacht. Erst am 14. Januar 1921 bequemt sich der „Arbeitgeber“ zur Antwort und teilt mit, daß er die Papiere fertig machte und zu sende. Am 21. Januar 1921 sendet er endlich die Steuerkarte ab, mit dem Vermerk, daß die Invalidenrente seinerzeit mitgenommen wurde. Der Kollege wendet sich an die Polizei, dieser gegenüber wird bestritten, noch Papiere in Händen zu haben; nach zweimaligen Nachfragen daselbe Resultat. Die Polizei gibt dem Kollegen den Rat, sich Ertrag ausstellen zu lassen, da sie nach den Erklärungen der Frau Brinl die Papiere nicht beibringen kann! Durch diese Sache ist nun der Kollege sehr geschädigt, einmal von einer Woche auf die andere vertrieben und dann findet schließlich die Papiere nicht aufzutreiben. Es muß dort eine besondere Ordnung herrschen und man versucht jetzt unserem Kollegen einzutreten, er habe die Papiere mitgenommen. Ein Schreiben unserer Redaktion an die Firma blieb natürlich auch ohne Antwort, genau wie unsere Inserat-Rechnungen vom verflohenen Jahre ohne Antwort blieben. Aber wenn die Firma glaubt, mit ihren Maßnahmen Glück zu haben, so wollen wir an anderer Stelle sie doch eines Besseren belehren. Die Erbschappiere hat sie zu schaffen und hat für die Zeit, wo die fehlenden Papiere schuld sind an der längeren Arbeitslosigkeit, den vollen Lohn zu vergüten, Also, Kollegen, hütet Euch vor Schaden!

**Breslau.** Am 10. Januar 1921 tagte im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung. Kassierer Kollege Mai gab Aufschluß über den Stand der Kassenverhältnisse, woraus zu ersehen war, daß diese in bester Ordnung sind. Die Verammlung erteilte dem Kassierer Entlastung. Kollege Riedel gab einen Rückblick über seine Tätigkeit. Die nun erfolgte Wahl des Gesamtvorstandes ergab folgendes: 1. Vorsitzender Kollege Riedel, Kassierer Kollege Mai, 2. Vorsitzender Kollege Ernst Stiller (Hilfsarbeiter), Schriftführer Kollege Ripke. Revisoren die Kollegen Bill, Lustig und Scholz. Daran anschließend wurde über Tarifangelegenheiten verhandelt, wozu das Schreiben des Gewerkschaftsleiters besonderen Anlaß bot. In diesem Punkt kam es recht zum Ausdruck, wie bescheiden unsere Kollegen im Steigen der Löhne gegenüber den Preisen der Lebensmittel sind. Eine Lohnkommission wird das Nötige veranlassen und gegebenenfalls der Verammlung berichten. — Ueber die so akut gewordene Ferienfrage wurde auch verhandelt, und eine recht rohe Ausrede bot Anlaß, sich längere Zeit mit diesem Punkte zu beschäftigen, da hier am Orte die Unternehmer eine nicht zu verkennende Auslegung anwenden, um sich möglichst kostenlos zu entziehen.

**Frankfurt a. M.** Hier tagte am 11. Januar 1921 eine Generalversammlung. Der Vorsitzende sprach über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Wie gewöhnlich kam nun zu keinem Resultat, die Unternehmer lehnten eine weitere Lohnerhöhung ab, mit der Begründung, daß sie den Lohn nicht erhöhen könnten. Unsere Lohnkommission ließ sich dann auch zu keiner Verhandlung mehr ein. Unsere Lohnforderung wurde dann sofort dem Schlichtungsausschuss unterbreitet. Gefordert wird für Bauarbeiter 6,00 M., für Normarbeiter 6,80 M., für Maschinenarbeiter 6,60 M., für Hilfsarbeiter 6,40 M. Kollege Holz müller spricht noch einmal über die Verhandlungen und ist der Meinung, daß dieses der beste Weg ist, um zur Verwirklichung unserer Forderung zu gelangen. Ueber die Urlaubsfrage wurde nochmals am 10. Januar am Gewerkschaftshaus verhandelt. Ein Urteil wurde nicht gesprochen. Ein Vorschlag wurde gemacht. Beide Verbände wenden sich an ihren Spitzenverband, damit das Tarifamt noch im Januar zusammengestellt wird, um ein Urteil zu fällen. Ueber diesen Punkt soll noch einmal in einer Sitzung gesprochen werden, was am besten zu machen ist. Ueber den Jahresbericht ist nicht viel zu reden. Wir haben mit Lohnbewegungen angefangen und ausgeführt. Der Vorsitzende ermahnt aber die Kollegen, nur fest und einig zusammenzuhalten. Hierauf erstattete der Kassierer Bericht über die Quartalsrechnung. Die Kasse und Bücher wurden von den Revisoren für richtig und gut befunden, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Sodann wurden die Neuwahlen vorgenommen, der alte Vorstand wurde wiedergewählt.

**Melzen I.** Am 8. Januar hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab kurz Bericht über seine Tätigkeit im Jahre 1920. Seinen Aeußerungen war zu entnehmen, daß es ein arbeitsreiches Jahr gewesen ist. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 4. Quartal und vom ganzen Jahr. Bücher und Kasse wurden in bester Ordnung befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Nachdem gaben die Tarifkommissionen Bericht über ihre Tätigkeit. Es wurde bedeutet, daß die Kommissionen so wenig in Anspruch genommen werden, da doch anzunehmen ist, daß öfter Differenzen in der Bezahlung vorkommen. Der Kartelldelegierte gab Bericht. Dann folgte die Wahl des Gesamtvorstandes. Es wurden der 1. Vorsitzende und der Kassierer einstimmig wiedergewählt, ebenso die Revisoren, Kassierer und Schriftführer. Es folgt noch die Wahl vom Kartelldelegierten, Gruppenauschussmitglied und Tarifkommissionsmitglied. Der Vorsitzende gab den Schiedspruch vom Schlichtungsausschuss bekannt. Demnach ist der Mindeststundenlohn auf 4,80 M. für Brecher, Boffierer und Spalter, 4,50 M. für Hilfsarbeiter festgesetzt worden. Im Afford 30 Prozent mehr. Ob die Unternehmer diesen Spruch anerkennen, ist noch fraglich, da die Beberzeit noch nicht abgelaufen ist. Mehrere Redner sprachen sich lebhaft über unseren Vertrauensmann aus und betonten, daß ihm die Zahlstelle sehr viel zu danken hat. Der Antrag, 150 M. für die Kinderfürsorgehilfe aus der Lokalfeste zu spenden, wurde angenommen. Da auch die hiesigen Kollegen dafür sind, daß unserem Stauwinger von den Steinarbeitern ein ihm würdiges Denkmal gesetzt wird, wurde beschlossen, zu diesem Zweck eine Sammelkiste heranzubringen zu lassen. Da von den Kollegen schon oft der Wunsch geäußert wurde, wieder einmal einige sorgerefreie Stunden untereinander zu verbringen, wurde beschlossen, am 23. Januar in der „Goldenen Weintraube“ ein Vergnügen zu veranstalten. Es wurde ein Vergnügungsausschuss von drei Mann gewählt. Nach Regelung einiger örtlicher Fragen erfolgte Schluß der Versammlung.

**Stettin.** Am Sonntag, den 9. Januar, fand unsere Generalversammlung statt und erzielte si chinesis gutem Besuchs. Zunächst gab Kollege Bülow die Abrechnung vom letzten Wintervergnügen und gleich im Anschluß die Abrechnung vom 4. Quartal, sowie einen Ueberblick über unsere Kassenverhältnisse des Jahres 1920, die sich durch die erhöhten Beiträge günstig gestaltet haben. Die Abrechnung fand die volle Anerkennung der Versammlung. Bei der Wahl des Vorstandes wurde Kollege Gustav Franz zum 1. Vorsitzenden neu gewählt. Der Kassierer Emil Bülow wurde wiedergewählt. Die übrigen Funktionen blieben und wurden zu einem Teil ergänzt. Im Punkt Tarifangelegenheit kam es zu einer lebhaften Aussprache, sie endete mit dem Beschluß, wieder von neuem an die Arbeitgeber heranzutreten, um unsere zu niedrigen Löhne zeitgemäßer zu gestalten. Aus dem Reichsarbeitsvertrag versuchte auch hier ein Arbeitgeber einzelne Paragraphen anders auszulagen, wie sie gedacht. Es wird unsere Aufgabe sein, hier die einzelnen Fälle mit denen unseres Orstariffs in Einklang zu bringen. Zum Schluß appellierte Kollege Franz, Feins, noch an die politische Gesinnung der Kollegen; es genüge heute nicht mehr, bloß gewerkschaftlich organisiert zu sein, sondern es sei Pflicht eines jeden, sich auch

Politisch zu organisieren. Die bürgerliche Presse, die unsere Interessen nicht vertreten kann, abzuschaffen und dafür die Arbeiterpresse zu halten, und des weiteren, bei den kommenden Landtagswahlen kräftig mit zu arbeiten und so zu wählen, daß am 20. Februar im preussischen Landtag eine Mehrheit zustande kommt, die auch wirklich gewillt ist, die wahren Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten.

### Rundschau.

Aus unserem Beruf und Industrie Niedriger hängen! Die Bauinspektion III der Reichseisenbahnen in Nürnberg verordnete im Januar 1921 durch ihren Vorstand an verschiedene Unternehmer nachstehendes Schreiben:

„Ich habe in nächster Zeit 110 tfd. Meter Bahnsteig herzustellen. Hierfür sind zwar Betonrandsteine, 0,35 Meter stark, 0,50 Meter tief, vorgegeben, wenn aber die Ausführung in Granit billiger kommt, so würde ich sie aus solchem herstellen lassen. Behufs vergleichsweise Berechnung der Kosten erlaube ich um baldigste Uebermittlung eines Angebots für solche Steine (und zwar guter, weiterbeständiger Granit) frei Bahnwagen Station.“

Bei diesen Randsteinen handelt es sich, wie wir dem „Steinbildhauer“ entnehmen, um an der Oberfläche und Vorderseite sauber bearbeitete Steine mit einer 5 Meter breiten Fuge der Vorderseite. Dieser Vorwand der Bauinspektion scheint ein Gemütsmerkmal zu sein, er will auf keine Art auf etwas für die Natursteinindustrie tun und nimmt sich dabei bei den billigen Jakob zum Maßstab. Dem Mann ist mittlerweile der Star gestochen worden auch von unserer Organisation in Form einer Eingabe an die betreffende Bauinspektion.

Auf der Höhe. In Minden tagte im Dezember eine Bezirksversammlung des Grabmalverbandes Bezirk Schaumburg-Lippe. Dort hat besonders der Ferienparagraf des neuesten Reichsarbeitsvertrages, der auch für die Grabmalgeschäftler gilt, Anstoß erregt. Im Bericht heißt es dann unter anderem: „Es wurde festgestellt, daß nach einwandfreien Ermittlungen bis jetzt für keinen Zweig des deutschen Handwerks ein Reichsarbeitsvertrag abgeschlossen worden ist.“ Wer wohl die einwandfreien Ermittlungen angestellt haben mag? Jedenfalls jemand, der Buchdrucker, Maurer, Zimmerer, Schneider, Maler, Buchbinder usw. usw. nicht als Handwerker einschätzt. Diese Berufe hatten lange vor dem Grabmalgerbe einen Reichsarbeitsvertrag. Richtiger ist es schon, man informiert sich vorher, sonst bleibt der Vorwurf nicht erspart, daß unsere „Handwerksmeister“ auf einer anderen Welt zu leben scheinen.

Gewerkschaftliches. Der Zentralverband der Angestellten beruft seinen ersten Verbandstag nach Weimar ein vom 29. Mai bis 4. Juni.

25 Jahre im Verbandsdienst war am 7. Februar der Genosse Paepflom, der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes. Er war erst Redakteur, dann Sekretär und nach dem Tode Bömelburgs wurde ihm die Verbandsleitung übertragen. Auf eine fruchtbringende Tätigkeit kann der Genosse Paepflom zurückblicken. Seine Kraft möge der Arbeiterbewegung noch recht lange erhalten bleiben.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat in Gemeinschaft mit der Afa und der Betriebsrätezentrale einen Aufruf „An die Arbeiter der Welt“ bekanntgegeben, in dem auf die unsinnige neueste Entschädigungsforderung der großen Weltpolitiker der Entente Bezug genommen wird. 42 Jahre Sklaverei ist die Folge. Dabei die fortwährende Drohung mit Einmarschpreparaten. Ueber 200 Milliarden Goldmark und empörende Besteuerung der Ausfuhr sollen aus Deutschland herausgepreßt werden. Von einem Lande, das wirtschaftlich und finanziell zerrüttet ist. Ob der Aufruf bei den hauptsächlich in Frage kommenden Arbeitern der Ententeländer wirkt?

Soziales. Die Invalidenrenten haben eine Erhöhung erfahren. Dennoch ist die Rente zum Leben völlig ungenügend. Der Betrag der Invalidenrente beläuft sich auf durchschnittlich 18 M. Dazu treten als Zulage (laut Gesetz vom 20. Mai 1920) 30 M. und die neue Beihilfe von 40 M., so daß der Gesamtbetrag noch nicht 90 M. ausmacht. Noch ungenügender sind die Empfänger des Alters-, Witwen- und Waisenrente gestellt, deren Bezüge etwa 85 bzw. 62 bzw. 33 M. monatlich betragen. Ueber die Zahl der am 1. Oktober 1920 laufenden Renten unterrichtet eine Statistik des Reichsarbeitsministeriums. Es liefen 982 000 Invalidenrenten, 89 000 Krankenrenten, 244 000 Altersrenten, 93 000 Witwenrenten, 4000 Waisenrenten und 501 000 Waisenrenten. Dazu kommen in der Unfallversicherung 713 000 Unfallrenten, von denen rund 80 000 mehr als zur Hälfte erwerbsunfähig sind, ferner 109 000 Witwen und 104 000 Waisen. Die durchschnittliche Invalidenrente betrug einschließlich der Zulage vom Mai 1920 54 M. und die Witwenrente 280 M. jährlich.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die mit der Abrechnung fälligen Fragebogen liegen noch von einer ziemlich Anzahl Zahlstellen aus. Der Vorstand ersucht wiederholt dringend um Einreichung. In einer der nächsten Nummern erfolgt die Veröffentlichung der sämigen Zahlstellen.

Abrechnung: Bis zum 5. Februar hatten folgende Zahlstellen die Quartalsabrechnungen vom 4. Quartal noch nicht eingereicht:

- 2. Gau: Groß-Hartmannsdorf, Wülfegiersdorf.
3. Gau: Edmalkalden.
4. Gau: Echershausen, Langelsheim, Osnabrück.
5. Gau: Crefeld, Endbach, Elkenroth, Hofermühle, Hoffeld, Solingen, Wülfrath.
6. Gau: Maulbronn.
7. Gau: Lugeburg, Bindlach, Bach, Bechfeld.
8. Gau: Coburg, Rembach, Pfaffendorf, Schwebenried, Wallbüren.

Mit der Nr. 7 des „Steinarbeiter“ ist die fällige Nummer der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung zum Versand gekommen. Die Zeitung ist für die weiblichen Mitglieder bestimmt. Die Zeitungsempfänger haben dafür zu sorgen, daß jedes weibliche Mitglied in den Besitz der betreffenden Zeitung gelangt. Neuabstellungen und Änderungen in der Zahl der Exemplare bitten wir rechtzeitig unserer Verbandsstelle zu übermitteln.

### Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Konferenz der Juramarmor-, Tragh- und Lithographiesteinarbeiter des 8. Gaus findet am Sonntag, dem 27. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr (pünktlich) in Treuchtlingen, im „Grünen Baum“ statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Stellungnahme zu den Bezirksstatistiken. 2. Abschluß der Arbeitsordnungen. 3. Zahlstellenabgrenzung, Bezirksbeitrag und Wahl der Bezirksleitung. 4. Beitragsregulierung laut Statut. 5. Organisations- und Agitationsfragen. Alle im bisherigen Bezirk liegende Zahlstellen haben unter allen Umständen Delegierte zu entsenden. Auf 75 Mitglieder entfällt ein Delegierter usw. Die Kosten tragen die Zahlstellen. In den Versammlungen ist zur Tagesordnung Stellung zu nehmen. Die Bezirksleitung: J. A. V. Gegennagel.

Wernerer Schleifengestell. Bezirksversammlung findet am Sonntag, dem 20. Februar, nachm. 2 Uhr, in Schraudenbach statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Lohnfragen, 2. Bezirksstatistik, 3. Arbeitsordnung. Alle Kollegen der Zahlstellen Schraudenbach, Schwebenried und Edertshausen müssen bestimmt erscheinen.

Für die Bezirksleitung: Beyfuß. 3. Gau. Achtung! Zahlstellen der Werkstein-, Grabmal- und Marmorfachgruppen in Großhüringen und in der Provinz Sachsen.

Es macht sich nötig, daß für die Verhandlungen zum Abschluß eines Bezirksstatutes gemäß § 1 und 5 des Reichsarbeitsvertrages eine leistungsfähige Kommission gewählt wird. Die Gauleitung schlägt vor, daß folgende Zahlstellengruppen je einen Delegierten bestimmen:

- 1. Magdeburg, Dessau, Halberstadt und Uchersleben.
2. Bera, Greiz, Schleiz, Saalburg, Börsen, Kraftsdorf und Droyßig.
3. Halle, Sangerhausen, Weißenfels, Naumburg und Freyburg.
4. Erfurt, Ehringsdorf, Arnstadt, Cravinkel und Jena.
5. Mühlhausen, Langensalza, Oberdorf, und Treffurt.
6. Egerach, Gotha und Schmalkalden (1 Granitarbeiter).
Die Namen und Adressen der betr. Kollegen sind der Gauleitung umgehend mitzuteilen. Die entstehenden Kosten bei den kommenden

Sitzungen trägt zur Hälfte die Hauptkasse, während die andere Hälfte auf die in Betracht kommenden Zahlstellen im Verhältnis zur Mitgliederzahl umgelegt werden muß. Gauleitung: B. Wühle.

### Quittung

über eingegangene Gelder vom 9. bis 29. Januar 1921.
Bebdorf 6.—, Nienburg 67.—, Wurzgen 2.—, Rattenberg 24.50,
Fallerleben 15.—, Wurzbach 20.—, Allendorf 388.—, Braunschweig
692.40, Coburg 253.70, Dessau 25.60, Edenstetten 409.10, Kreuz-
nach 294.60, Langenalkheim 2605.20, Lauterbach 3626.—, Metten
529.60, Mühlhausen i. Thür. 160.80, Meißen II 786.40, Nordheim
511.90, Niederramstadt 1286.54, Penig 476.66, Quedlinburg 62.40,
Regensburg 189.60, Römhild 777.98, Speyer 268.90, Schwarzenbach
1830.55, Seltitz 2448.40, Stuttgart 443.10, St.-Steinheim 13.—,
Treffurt 407.30, Wiegensdorf 240.85, W.-Görschbach 66.40, Weil-
münster 858.23, Wittau 218.50, Wetzdorf 6.—, Wittenburg 36.—,
Hamm 105.—, Wunfiedel Gra. Sch. Ma. 5.50, Reinerdeuth 1236.—,
Ulm, 800.60, Rittling 1513.—, Schleich 287.80, Sprochhövel 159.05,
Queckhorn 265.70, Pörschheim 516.—, Niederlinda 1475.35, Milten-
berg 135.40, Rauban 1493.80, Karlsruhe 3458.75, Jena 62.70,
Hardegen 330.60, Bielefeld 295.50, Hannover 1351.—, Gierdorf
819.60, Braunlage 1555.60, Alfenz 1039.20, Aue 2902.—, Bochum
410.10, Bamberg 284.20, Berned 110.20, Verzhahn 818.80, Cöln II
894.30, Chemnitz 1284.50, Cunewalde 1084.50, Dübelsheim 258.80,
Eimbed 419.70, Freyburg (Pr.) 1207.35, Frankfurt (Oder) 886.60,
Freyburg (Unstr.) 991.30, Hof i. V. 18.50, Hoffeld 200.—, Landsberg
291.80, Müchshagen 329.—, Neubau 599.30, Rammersader 762.—,
Rothenburg a. L. 401.20, Sparned 1067.50, Sulz 272.80, Schirgis-
walde 339.60, Schriesheim 561.55, Schmiedberg 369.10, Ströbel
550.70, Tuntshendorf 253.50, Wälfershausen 1260.70, Wunfiedel
999.60, Arnberg 59.50, Labung 73.50, Recha 110.—, Wiefentitz
26.—, Weindöbha 21.—, Hall 7.60, Ruzern 12.—, Treuen Inf. 10.—,
Neustadt a. S. 110, Beucha 11 929.20, Wolgast Inf. 10.—, Ann-
ficchen 307.50, Bülow 162.80, Eibelfstadt 100.—, Eichenau 699.80,
Effen 623.40, Eiberfeld 46.40, Friedenhäuser 324.50, Flonheim
361.40, Feldberg 999.60, Greifswald 354.71, Hornberg 31.20, Hö-
burg 3791.60, Jöbberbüren 264.30, Jmmendingen 2489.74, Kamenz
8195.70, Keffelbach 1992.20, Letmatke 761.40, Mainz 2058.—, Mü-
lheim (Ruhr) 800.—, Obermendig 1681.10, Odersbach 465.70, Prenz-
lau 441.90, Reichenbach i. C. 26.—, Ruppach 378.70, Steinwiesen
768.30, Imfen 886.70, Untereffelbach 141.70, Wurzgen 2939.10,
Weihenstadt 2327.20, Nienburg 175.—, Flensburg 30.50, Arnberg
46.—, Reichenbach i. Vogt. 31.—, Wornid 12.—, Döbeln 21.—,
Wrexen 465.50, Worms 77.90, Uderath 642.10, Staditprozelten 101.—,
Schraudenbach 257.60, Siedelbrunn 511.30, Rinderbürgen 291.—,
Ruppach 10.—, Rindnach 702.20, Rißfeld 238.30, Rößbach 412.10,
Reistenhausen 311.80, Raderborn 303.60, Cttling 259.—, Oberdab-
stetten 506.—, Oberaula 513.30, Neustadt i. Cdm. 416.80, Mosheim
291.—, Lauterbach 1069.50, Schwera 130.—, Kirchhausen 163.50,
Riel 37.60, Hammelbach 293.20, Häslich i. S. 1053.10, Gensbach
15 381.—, Hauzenberg 5057.80, Geilnau 848.40, Friedenfels 557.60,
Niedlingen 513.40, Enbel 1585.90, Tietenhau 277.70, Dossenheim
1000.—, Cassel 114.30, Coblenz 810.60, Baumholder 303.30,
Bischofshain 724.20, Bretten 953.—, Bremen 2148.10, Adersleben
158.40, Altendorf 1718.—, Alpenrod 1755.15, Bernburg 1314.25,
Dessau 85.12, Dreihäuser 861.80, Elbing 7.80, Fürstened 2685.25,
Fehl-Rißhausen 1692.20, Grünfeld 898.70, Wernigerode 6726.60,
Hundswinkel 400.70, Hedolshausen 496.80, Kiefernfelden 1274.60,
Kellheim 273.50, Lübed 599.80, Mühlheim 200.—, Wellenbach 167.—,
Nürnberg 1611.20, Neuforg 343.20, Oberpeilau 842.—, Oberdorf
739.60, Cttich 306.40, Crtenberg 2646.80, Birna 2017.90, Pfaffen-
hofen 409.40, Selbst 763.90, See. 1452.50, Willmar 894.—, Weni-
Radwiz 11.40, Bad Nibling 117.—, Taucha 481.30, Tröstau 1760.50,
Sproiß 634.80, Saalburg 1219.70, Raunberg 229.—, Landed 650.—,
Rüneburg 60.80, Rindlamitz 2690.80, Rirn 5100.50, Hardheim
981.50, Gefrees 753.25, Gierzhagen 943.65, Gommern 7562.30,
Eberbach 30. 2212.70, Crefeld 581.10, Weiftein 76.50, Beuthen
634.30, Berlin 16 272.29, Müllitz 34.—, Stodheim 46.—, Oßernbau
28.—, Wlanenburg i. Thür. 16.—, Alt-Warthau 1115.—, Burg-
schwalbach 124.30, Häslich 3304.90, Jannowitz 1476.90, Kirchberg
3382.80, Cöhenfurt 106.40, Baugen 4505.45, Werbersdorf 35.45,
Quisburg 388.—, Dörnberg 135.60, Ehringsdorf 690.50, Edertshausen
215.50, Gierlachsdorf 864.40, Döppingen 233.—, Seibinsfeld
24.—, Kronach 842.50, Lahr 105.90, Marktbreit 234.90, Minden 56.40,
Neustift 1015.40, Eudypach 1952.80, Striegau 23 183.60, Treucht-
lingen 1932.60, Tollmarfen 160.60, Wiesbaden 294.70, Zwidau 67.40,
Reichenberg i. Sächsen 7.—, Wangen 10.—, Celsnik 45.50, Tettn-
nang 10.50, Strehlen 15 825.65, Wälfersbütt 2318.60, Schweißweiler
299.30, Schwerin 638.—, Riffenhäuser 10.30, Ruhmannsfelden
1665.90, Oberriedenberg 582.50, Eibenburg 1289.50, Wöhren 264.45,
Mittweida 2340.90, Lutenbach 1000.—, Binz 1701.10, Kaiserlautern
1511.20, Nohfen 437.20, Sahnfurt 942.80, Gritzen 4766.30, Für-
stenheim 1534.25, Dürffheim 1132.30, Düsselhof 857.40, Cöln I
1383.92, Wehdorf Inf. 48.50, Saubsdorf Ab. 3.—, Bad Lausitz 15.—,
Groschütz 18.—, Recha 14.—, Stüttgart Inf. 28.—, Marktlichten
Inf. 40.—, Wobengrün 406.20, Bonn 446.80, Dortmund 731.70,
Dornau 1943.85, Dellstern 983.70, Fürstfeld 1177.60, Gr.-Kunzen-
dorf 5373.10, Kappelrodt 2357.97, Kirchheim 3872.40, Kleinrinder-
feld 918.10, Metten 350.—, Moosbach 211.—, Roth (Unstr.) 2657.40,
Reufshaus 268.20, Cberfeldbach 885.80, Rappendorf 75.50, Wul-
sdorf 77.20, Wünschelburg 914.20, Nienstädt 208.70, Naumburg
253.35, Salenthal 883.60, Peigenbrüden 20.40, Greiffenberg 102.70,
Gensbach Inf. 9.50, Lühau 21.—, Wosch 78.—, Wittfod 15.—,
Gierhagen 473.10, Röh 2344.80, Königshain 1200.—, Csterholz
1581.20, Reinheim 1396.80, Nommelsbach 17 031.15, Belpke 437.—,
Rinbau 4632.60, Rößlik 4489.20, Waben 11 496.90, Lütchenbach
3027.14, Solenberg 720.70, Häslich i. S. 1000.—, Gokmannsdorf
406.75, Demis 25 408.—, Brandenburg 205.20, Schlegel 9.—,
Schwarzenbach Inf. 12.50.

Vorstehende Eingänge erscheinen noch im Jahresabschluss 1920.
Groß-Steinheim 308.10, Landsberg 800.—, Richtenfels 93.70,
Stabe 329.70, Weiferohe 2112.70, Wolgast 159.20, Wernsdorf 14.40,
Bebdorf 15.—, Lörach 30.—, Neer 39.—, Lühde 85.—, M.
Schreiberhan Inf. 30.50, Tiefenstein Inf. 60.40, Stettin Inf.
28.—, Reben 27.—, Lenzkirch 12.—, Wurzbach 1.—, Wriexen 231.10,
Rottenbauer 651.70, Karstadt 2704.57, Pannsdorf 8500.—, Gr.-
Kunzenrod 62.50, Gudensberg 2121.—, Dossenheim 448.40, Branden-
burg Inf. 2.50, Wernigerode Inf. 18.—, Rixfeld Inf. 10.50, Wolfen-
büttel 22.50, Lützen 21.—, Landshut 67.80, Wiederau 50.—,
Rammersader 25.—, W. Wilhelmshaven 21.—, Saulau 27.50, Spro-
chhövel 50.—, Kriebberg Inf. 12.50, Hölzenhausen 1024.60, Gommern
48.90, Arnsdorf 3322.40, Miesleben 2507.—, Echershausen 2600.—,
Ranaenau 1164.40, Ziegelanger 1144.00, Rietlin Inf. 12.—,
Königshütte Inf. 16.—, Ludwig Geiß, Kassierer.

### Denkmalfonds H. Standinger:

Bereits quillert: 1053.50. Braunschweig 40.—, Kirchheim 50.—,
Rauban 50.—, Rothenburg a. L. 20.—, Schriesheim 50.—, Beucha
50.—, Greifswald 50.—, Dormstadt 20.—, Metten 100.—, Prenzlau
25.—, Wehlar 50.—, Fehl-Rißhausen 30.—, Rindlamitz 30.—,
Berned 75.—, Bernburg 50.—, Groß-Kunzenrod 75.—, Benheim
100.—, Eifenach 50.—, Rinderbürgen 10.—, Sprochhövel 50.—, Schup-
bach 50.—, Sa. 2078.50 M.

Im Anschluß hieran eruchen wir zum wiederholten Male alle Ein-
sander von Geldern, auf dem Abdruck hies anzugeben, für welchen Zweck der Betrag bestimmt ist. Es genügt ein Wort: Beitrag —
Abonnement — Interes — Denkmal — Volkshausbau usw. Ohne jede
Mittelung sind Falschbuchungen und Rückfragen und damit unnötige
Verlorengehänge unvermeidlich, was durch ein Wort auf dem Abdruck
verhindert werden kann. Ludwig Geiß.

### Briefkasten.

Speichersbrunn. Ja, können weitergeleitet werden.
Döbeln. Bekanntmachung wird abgelehnt. Wenn der Betreffende
als „Bildhauer“ für 3.50 M. arbeitet, haben wir keine Veranlassung,
durdy etwaige Klößen einem Unorganisierten den Lohn zu verbessern.
R. G. Die Mitteilung ist für den „Steinarbeiter“ überflüssig,
nach den Vorgängen enthält sie etwas Selbstherrliches. Wäre der
Brief statt an die Redaktion nach D. gefandt worden, war es praktischer.

### Adressenänderungen.

- 1. Gau.
Schwerin. Vorf.: Paul Murr, Wallstr. 55, I. Kass.: Friß
Bort, Blumenstr. 21.
2. Gau.
Greiffenberg. Vorf.: Richard Guder, Brauerei Wiese bei Greif-
enberg.
Königswalde. Vorf. u. Kass.: Paul Kirsch in Wurzeldorf.
See. Kass.: Max Koch.
3. Gau.
Saalburg. Vorf. u. Kass.: Ernst Lorenz.
4. Gau.
Moosheim. Vorf.: Georg Bernhardt in Malsfeld.
Ostwald. Vorf.: Heinrich Siebert. Kass.: Christoph Rei-
nede.
5. Gau.
Altendorf. Vorf.: Ludwig Cappel, Horst a. d. Ruhr, Alt-
endorfer Straße 48. Kass.: Gottfried Depen, Horst a. d. Ruhr, Alt-
endorfer Straße 48.
Gemeinden i. Westerwald. Vorf.: Philipp Schloffer, Nr. 88.
Kass.: Ludwig Krehel, Nr. 57.
Hagensfurt. Kass.: Joh. Fadin, Nr. 122.
6. Gau.
Ludwigshafen a. Rh. Vorf.: Rudolf Jakob, Kanalstr. 72. Kass.:
Wilhelm Brumm, Limburgstr. 21.
Mannheim. Vorf.: Hermann Brunner, Linderhofstr. 35.
Rimbach. Vorf.: Johann Seidel.
7. Gau.
Blansberg. Vorf. u. Kass.: Andreas Reiner, Perwofing, Post
Runding.
Kellheim. Vorf.: Anton Wagner, Palmberg, Nr. 2. Kass.:
Kaver Bittner, B. 55.
Rattenberg. Vorf.: Ludwig Schmidt in Wies. Kass.: Joh.
Saberl in Baumgarten.
8. Gau.
Gokmannsdorf. Vorf.: Joh. Steger.
Oberdachsteden. Vorf. u. Kass.: Wilhelm Einfallt.

### Berjammlungs-Anzeige.

Karlsruhe. Sonnabend, 12. Februar, abends 8 Uhr im „Scheffel-
hof“, Ludwig-Wilhelm-Straße.
Dornap. Am 13. Februar im bekannten Lokal.
Meiningen. Am 13. Februar, vormittags 9 Uhr, im „Steinernen
Haus“, Ulrichstraße. Konferenz der Schotter- und Pflastersteinarbeiter
des 8. Gaus.

### Anzeigen

Kollegen! Entwürfe und Grabmalsskizzen zeichnet
Franz Singler, Sieben (Hessen), Licherstr. 37.
Bei Aufträgen Rückporto erwünscht.

Sofort zu kaufen gesucht
300—400 qm
gebrauchte Pflastersteine
Angebote erbeten an
Maschinenbau-Anstalt Humboldt, Köln-Kalk

Schrifthauer, nur unverheiratete, welche auch in
Muschelkalk perfekt sind, werden zum Tariflohn für dauernde Arbeit
eingestellt.
Stettiner Steinindustrie G. m. b. H., Stettin,
Werksstätten für Friedhofskunst

Tüchtiger, unverheirateter Werkzeugmied
auf Granit, sofort für dauernd gesucht.
Offerten unter B. 7 an die Schriftleitung des Steinarbeiters.

Steinmetzgehilfen
(mögl. unverheirat.) stellen per sofort oder später bei gutem Lohn ein
C. R. Risch & Co. Landsberg a. W.

Suche sofort für meine aufstehende Stein- und Bildhauerei einen
tüchtigen Steinmetz,
dem günstige Gelegenheiten geboten ist, als Teilhaber einzutreten.
Derselbe muß jedoch über 5000 M. Kapital verfügen. Mittlere Stadt
bei Leipzig. Gest. Off. unter R. 500 an die Schriftlita. d. Steinarb.

10—15 tüchtige Steinmetzen
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Hans Wieser, Granit- u. Syenitwerk, Martinlamitz, Bbf.
im Fichtgebirge.

2 Steinmetzen und Schrifthauer
sofort gesucht für dauernd
F. PINGEL, Heide in Holstein

Erfahrener Bruchmeister
zur Ausschichtung und Betrieb eines Kalksteinbruches gesucht
Angebote an
Friß Road, Architekt B. D. A., Hildesheim

2—3 tüchtige Steinmetzen
auf Diabas-Granit gesucht
Sch. Damm, Friedberg-Fauerbach
Steinmetzmeister (Oberhessen)

EINIGE STEINHAUER
für dauernd auf Odenwald-Syenit gesucht
Granit- und Syenitwerke Frohmann & Co.
Reinheim (Hessen)

Wir suchen für unsere Marmor- MEISTER, die mit dem
schleiferei eine tüchtige Kraft als Arbeiter, Verarbeiten
bunter Marmorarten und der Behandlung der Maschinen
bestens vertraut ist und erbittet Angebote mit Anprüchen und
Referenzen Albin Grunert Nachf., Hildesheim

Tüchtige Handschleifer
steht sofort ein
Wilhelm Weiß, Granit- und Syenitwerk, Löbau i. S.

### Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht,
für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik einlangend werden.)
In Zell am 12. Januar der Granitsteinmetz Christian
Prell, 66 Jahre alt, Lungenbluten.
In Steinach am 20. Januar die Griffl-Schleiferin Ida
Michaelis, 21 Jahre alt, Veratung; am 23. Januar der
Brucharbeiter Bernhard Saw. ger, 57 Jahre alt, Gehirnschlag.
In Rostock am 21. Januar der Schleifer Wilhelm
Clasen, 58 Jahre alt, Lungenentzündung.
In Dresden-Birna am 27. Januar der Hilfsarbeiter
C. K. Winkler, 19 Jahre alt, Betriebsunfall.
In Meissen II am 27. Januar der Brecher Wilhelm
Rupprieh, 55 Jahre alt, Lungenentzündung.
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von
Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.